

Arbeitsgruppe OÖ Das-Grundeinkommen

Presseunterlage über die Podiumsdiskussion von Mo. 13.5.2019, Wissensturm Linz

www.das-grundeinkommen.org

Das Grundeinkommen: Ein Modell für sozialen Frieden in Europa?

150 Besucher_innen erlebten Montagabend (13.5.) im Wissensturm in Linz vor dem Wahlgang zum EU-Parlament eine lebhafteste Debatte über das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) und dessen Bedeutung für weiteren und besseren Zusammenhalt der rund 500 Mio. Menschen in den (noch) 28 EU-Ländern.

Begrüßung

Paul **Ertl** von der Friedensakademie Linz (nebst der VHS Linz und der Arbeitsgruppe OÖ „Das Grundeinkommen eine der drei mit veranstaltenden Organisationen) begründete in seiner Begrüßung, warum sich die Friedensakademie in der Frage des BGEs engagiert: nämlich deswegen, weil für Frieden, so wie die Akademie ihn versteht, weit mehr bedeutet als „nur“ die Abwesenheit von Krieg und für ein friedliches Zusammenleben existentielle und soziale Sicherheiten wesentliche Voraussetzung sind. Das Grundeinkommen könne dazu einen ganz wesentlichen Beitrag leisten. Gute Aufmerksamkeit seitens der Anwesenden erhielt er, als er die Geschichte zur Zusammensetzung des Podiums erläuterte. Schon Anfang März 2019 sind die kandidierenden Spitzenkandidat_innen aus OÖ von allen im EU Parlament vertretenen Parteien, also ÖVP, FPÖ, SP, Neos und Grüne von den Verhaltern angeschrieben und eingeladen worden. Nur die SPÖ und die FPÖ haben unmittelbar und positiv reagiert. Die Reaktion der für Salzburg und OÖ kandidierenden Neos-Kandidatin hatte sich aufgrund des Wahlkampfengagements zum Salzburg Gemeinderat etwas verzögert. Bei Grünen und der ÖVP war dann nochmals nachzustoßen. Bei den Grünen, so hat B. Seeber später erläutert, war angesichts unterschiedlicher Positionen zum Thema eine Diskussion darüber entstanden, wer von ihnen sie denn an diesem Abend vertreten soll. Und die ÖVP sagte schließlich nach mehrfachem vergeblichem Nachstoßen eine Beteiligung mit der Begründung ab, es hätte sich niemand gefunden, der an diesem Abend frei wäre. Nachdem die Wahlkommission bekanntgeben hatte, dass auch die Listen KPÖ+ und 1Europa die Kriterien zur Wahlbeteiligung erfüllt haben, wurden auch sie zur Podiumsdiskussion eingeladen und von KPÖ+ auch angenommen.

P. Ertls Schlusssatz: „Es war mir wichtig, Ihnen dies Geschichte im Detail zu berichten, weil durch sie deutlich wird, wie unterschiedlich die Bereitschaft von Parteien ist, auf Fragen bzw. Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern einzugehen und mit ihnen in einen Diskurs zu treten.“

Einleitungsstatement

Margit **Appel** sieht im Grundeinkommen eine emanzipatorische Idee für ein soziales, demokratisches und ökologisches Europa und betrachtet es als ein Hoffungsprojekt. Und dieses muss, um gleich den Abschluss ihres Statements vorwegzunehmen, keineswegs am Nullpunkt beginnen:

- + Seit über 10 Jahren werden europaweit jeden September Grundeinkommenswochen durchgeführt, die inzwischen sogar weltweit veranstaltet werden.
- + 2013 gab es eine Europäische Bürgerinitiative zu diesem Thema, mit Start 2020 ist eine weitere solche bereits beschlossen.
- + Mit der Organisation „Unconditional basic income Europe“ (UBIE) existiert auch eine

Lobbyorganisation auf EU-Ebene, in welcher sich VertreterInnen aus allen EU-Mitgliedsländern organisiert haben.

Warum und wieso sich die EU für ein solches Hoffungsprojekt als ein geeigneter Raum darstellt, darauf ist M. Appel bei ihren Ausführungen zwischen Eingangsthese und Schlussfolgerungen eingegangen, wobei hier nur zwei wichtige der von ihr genannte Punkte erwähnt werden sollen / können:

+ Ohne Verstärkung der sozialen Dimension innerhalb der EU gefährdet sich diese selbst in ihrem Bestehen – wie heute mehrfach an verschiedenen Orten zu spüren sei. Dabei braucht dieser soziale Politikbereich beide Komponenten, die nationale und die gemeinschaftliche und er könne für beide auch integrierend wirken.

+ Grundlagen dazu sind an prominenter Stelle im Lissabon-Vertrag (konkret in Art. 2 & 3) festgehalten, in welchen sich die Staaten zur Wahrung der Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit und auch zur Förderung des Wohlergehens der Völker verpflichtet haben.

Es wäre wichtig, daran wieder stärker anzuknüpfen und sich damit von einer Politik verstärkter Sparpakete und sozialer Benachteiligungen abzusetzen, sich also dagegen zu wehren, was während der vergangenen vielleicht eineinhalb Jahrzehnte nicht zuletzt mittels Aufbau von Feindbildern durchgesetzt wurde. Denn diese neoliberale Orientierung, und da zitiert Appel die angesehene Politologin Eva Kreisky, organisiere Assozialität in allen Lebensbereichen.

Das emanzipatorische Grundeinkommen stelle da eine gangbare Alternative dar, die letztlich an den im Grundvertrag angesprochenen Werte anknüpfe. An den anerkannten Kriterien das BGE ist dies ersichtlich. Sie besagen, es sei *allen* (legal in der EU lebenden und niedergelassenen Bürger_innen); *individuell*; in *existenz- und teilnahmesichernder Höhe*; sowie *bedingungslos* ausbezahlt.

Es ist umsetzbar und pointiert formuliert: Die so ermöglichte Existenzsicherheit befreit von Angst und Sorge und schafft gesellschaftlich-politischen Raum für Wohlergehen und Fürsorge.

Was, so lässt sich fragen, kann und soll Politik Besseres und Sinnvolleres leisten?

Zur Position der anwesenden Parteien

Gereiht in der oben dargestellten Folge der eingetroffenen Zusagen zur Teilnahme wird in dieser Zusammenstellung versucht, Kernaussagen bzw. Positionen der anwesenden Parteien Vertreter_innen zum BGE zusammenfassend und knapp darzustellen, unabhängig davon, ob deren einzelne Elemente im Einleitungs- oder Schlussstatement bzw. im Rahmen der Publikumsdiskussion gefallen sind. Tatsächlich hatte ja Christine **Haiden** (bekannt auch als Chefredakteurin von „Welt der Frau“) auch eine durchaus lebhaft Phase der Nachfrage und Kommentare moderieren können.

Georg Hubmann, Marie Jahoda - Otto Bauer Institut, SPÖ

G. Hubmanns Ausgangspunkt ist die enorme soziale Ungleichheit, eine Schere die sich nach wie vor und weiter öffnet. Sie ist schlecht und nicht zu akzeptieren und es bedarf einer Politik, die auf mehr Konvergenz und Kooperation zielt, anstatt auf verstärkten Wettbewerb, wie es ja auch im BGE mitgedacht ist. Die Grundproblematik, welche er darin sieht: Es soll an alle ausbezahlt und genau dies ändere an der Verteilungsfrage überhaupt nichts, sondern zementiere diese sogar.

Er verweist weiters auf die sozialen Dimensionen, die unterschiedlichen zwischenmenschlichen Beziehungen, die Einbettung in ein soziales Umfeld, welche *Arbeit* für Menschen erschließe. Da würde

durch ein BGE viel gefährdet. So sehe er durch die monetäre Absicherung des Grundeinkommen viele Nachteile und insbesondere dürfte es eine „Falle“ für Frauen bedeuten, die wieder verstärkt in die reproduktiven Bereiche von zuhause, wie Erziehung von Kindern, Pflege von Angehörigen usw. gedrängt würden.

Die für ihn bessere Vision sind der Ausbau eines verstärkten europäischen Sozialstaatsnetzes; die weitere Etablierung klarer Regeln für die Wirtschaft; wie Festlegung von verbindlichen Mindestlöhnen – abgestimmt auf die nationale Lebensstandards; oder, insbesondere gegen negative Folgen von absehbaren weiteren Rationalisierungen, Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich.

Anita Neubauer, Landtagsabgeordnete FPÖ (Sie ist sehr spontan eingesprungen für ihre Landtagskollegin Susanne Fürst, welche aus gesundheitlichen Gründen erst am Tag der Veranstaltung doch noch hatte absagen müssen):

A. Neubauer steht einer Verlagerung von sozialpolitischen Maßnahmen auf einer europäische Ebene grundsätzlich skeptisch gegenüber. Sie könne es sich als Person, die in der österreichischen Verwaltungspraxis tätig ist, realistisch nicht vorstellen, wie dies funktionieren könne. Gegenüber der Subjektförderung im Sozialbereich sei den Sachförderungen der Vorrang einzuräumen und sie verweist auf Erfahrungen, die sie z. B. im Bereich des sozialen Wohnbaues erlebe. Es sei hier besser, den Menschen nicht Geld zur Verfügung zu stellen, sondern die Errichtung von möglichst günstigem Wohnraum zu forcieren. Dass EU-weite Regelungen hinweg über alle Mitgliedsländer nicht umzusetzen seien, sei an vielen Orten und Bereichen zu erleben. Ein Beispiel: Man möge, auch ohne selber behindert zu sein, nur einmal die Umsetzung jenes EU-Reglements prüfen, welches festlegt, wie ein behindertengerechter Zugang zu Liften zu gestalten sei: Einen von Treppenstufen freien Zugang sei da praktisch nicht zu finden.

Und wenn etwas so Konkretes nicht umzusetzen sei, wie erst soll dies dann im Großen möglich sein? Unabhängig von der Finanzierbarkeit eines Grundeinkommens, die Neubauer bezweifelt, ist eine Sozialpolitik in dieser Art einfach viel zu groß gedacht. Daher liegt Sozialpolitik für sie zurecht in der Kompetenz der einzelnen Nationalstaaten. Und dort habe sie zu bleiben.

Karin Feldinger, Listenplatz 2 Neos

Das BGE ist eine große Vision mit einer beachtlichen Tradition bis zu den liberalen Wurzeln der Neos, sagt K. Feldinger, und da verweist sie auf Heide Schmid und deren Vorstöße zum Grundeinkommen, welche in die Mitte der 90er Jahre zurückreichen. Motiviert ist K. Feldinger durch ihre Erfahrungen, die sie als Unternehmerin in England und speziell durch die Brexitentscheidung gemacht habe, als sich das soziale Klima wahrnehmbar auch für sie als Nicht-Engländerin negativ verändert habe. Gerade ein Reagieren darauf und ein Engagieren in Österreich treffe sich nun gut mit einem der Hauptanliegen der Neos, dem Einsatz für eine Entwicklung in Richtung „Vereinigte Staaten von Europa“.

Ja, das sei ein weiter Weg, genauso wie jener zum Grundeinkommen. Und dafür bedürfe es vorerst vieler Zwischenschritte.

Eine besondere Chance durch ein Grundeinkommen sieht sie bei Lebensveränderungen, wie sie selber es in England und auch bei einem weiteren Familienmitglied erlebt habe. So könne ein Grundeinkommen ermutigen, sich unternehmerisch zu betätigen und wenn dies einmal nicht funktionierte, wäre doch die Existenz zumindest gesichert.

Das stärke die Freiheit des Einzelnen erheblich.

Bernhard Seeber, Sprecher Grüne Wirtschaft OÖ

Die Grüne Wirtschaft, so B. Seeber, ist auf den Zug des BGE schon früh aufgesprungen. Deswegen hat sich, so berichtet er, innerparteilich eine Diskussion ergeben, wer die Einladung zur Teilnahme an diesem Abend wahrnehmen soll. Im Gegensatz zur Grünen Wirtschaft teilt die Partei die generelle Position der Bedingungslosigkeit nicht, es gebe hier auch Befürworter einer Grundsicherung, die nicht bedingungslos gedacht wird. Seeber meinte jedoch, zunehmend ein Erstarken zugunsten des BGE erkennen zu können.

Für ihn selber ist dies ganz klar eine Vision für Europa und eine soziale Innovation. Und da geht es zentral auch um eine Umstellung der Besteuerung, nämlich angesichts der aktuellen ökonomischen Entwicklungen generell weg von Erwerbssteuern hin zu anderen Arten der Finanzierung staatlicher Aufgaben. Doch was das BGE anbelangt, so relativiert er die Frage von dessen Finanzierbarkeit gleich, denn dies sei eine Frage, die sich erst zum Schluss stelle: nachdem die Entscheidung dafür getroffen sei. Schließlich, so B. Seeber: Wenn Sie einkaufen gehen, ist die erste Frage ebenfalls „Was brauch ich?“ und dann erst frag ich, wie finanzier ich es! Und um diese Vision, um dieses „Was brauchen wir?“ haben wir heute zu ringen und dafür brauchen wir eine gute Gesprächskultur, aber kein Verordnen von Politik und Verweigern von Diskurs.

Gerlinde Grönn, Gemeinderätin Linz, KPÖ+

G. Grönn kann auf einen Beschluss aus dem Jahr 2014 verweisen. Die Einführung des BGE ist seitdem Teil des Programmes ihrer Partei – und dies, so ergänzt sie, trotz einer starken gewerkschaftlichen Ebene in ihrer Bewegung. Denn sie hätten erkannt, dass ein BGE gewerkschaftliche Forderungen, die ja weiter bestehen blieben, dadurch nicht geschwächt würden. Im Gegenteil. Das gleiche gilt, so Grönn, für die soziale Absicherung: Das BGE vermöge die Existenzgrundlage, aber als solches nicht gleichzeitig allfällige Folgekosten von Schicksalsschlägen des Lebens abzudecken. Auch die Fragen von Mindestlöhnen oder Mindestpensionen werden sich weiter stellen. Doch es werde zu grundlegenden Neuorientierungen führen. Das Menschenbild werde sich zum Positiven wandeln, insofern es z.B. einen wichtigen Beitrag dafür leiste, ohne Angst leben zu können.

Was die EU-Ebene betrifft, so bedeute das Eintreten für ein BGE auch ein Engagement dafür, dass sich die EU, heute primär eine Wirtschaftsunion, viel stärker hin auf eine Sozialunion bewege. Auf diesem Weg sei das BGE ein Baustein, jedoch kein Allheilmittel zur Lösung sämtlicher menschlicher und gesellschaftlicher Probleme. Doch die mit dem BGE verbundene Vision sei nicht gering zu schätzen, so schlicht sich ihre Worte auch anhören, wenn sie ausgesprochen werden: Nicht unter Zwang arbeiten zu müssen.

Resümee

Ein sehr informativer Abend, an dem die Bedeutung der Grundeinkommensfrage nicht zuletzt durch den zahlreichen Besuch unterstrichen und bei aller unterschiedlichen Einschätzung inhaltlich gut und, überraschend, erfreulich breit vertreten worden ist.

zusammengestellt von Guido Rütthemann, 14.5.2019

guido.ruethemann@24speed.at / 0670 206 9939